

Für Halle monatlich bei zweimaliger  
Auslieferung 3.00 Mark, vierteljährlich  
8.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark  
auswärtl. Aufschlaggebühren. Be-  
stellungen werden von allen Kassen-  
stellen entnommen. Im  
am 14. Jahrgangsergebnis unter  
Einschlagung eingetragen. Für  
unverändert eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe. 'Zeitung' ge-  
kennzeichnet. Ferner der Schriftleitung Dr.  
1130, der Anzeigen-Abt. Nr. 1132  
u. 1131, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

# Zeitung

Viernundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 spalten 34 mm breite  
Millimeterzeile oder deren Raum  
30 Z. und Restlinien die 22 mm  
breite Millimeterzeile 20 Z. An-  
zeigen nehmen an unsere Ge-  
schäftsstellen u. für nicht angezeig-  
te. Erfüllungsort: Halle.  
Konting. täglich 2 mal, Son-  
tags und Feiertags 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-  
nade 19, Dr. Oettermannstr. 17.  
Zweiten-Geschäftsstellen: Große  
Mühlstraße 32 und Markt 24.  
Verkaufsstelle Leipzig Nr. 4009.

Nr. 56.

Halle, Dienstag, den 3. Februar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

**Aufhebung der Kartoffel-Zwangswirtschaft im Herbst.**  
Berlin, 3. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Wie das Tage-  
blatt erzählt, beabsichtigt das Reichswirtschaftsministerium,  
auf Veranlassung des preussischen Landwirtschaftsministeriums,  
die Zwangswirtschaft für Kartoffeln im Herbst dieses Jahres  
aufzuheben. Dieser Beschluß soll vom Reichswirtschafts-  
ministerium bekannt gegeben werden.

### Die nächste Leipziger Messe.

Leipzig, 3. Febr. 15000 Aussteller sind  
schon jetzt zur bevorstehenden Frühjahrsmesse in Leipzig  
angemeldet und ähnlich gehen weitere Anmeldungen für  
die allgemeine Wintermesse und die technische Messe ein,  
so daß mit einer Gesamtbeteiligung von 12000 Aus-  
stellern gegen 8500 zur letzten Herbstmesse zu rechnen  
werden muß. Dank der großzügigen Messepolitik Leipzigs,  
des die technische Messe aus der allgemeinen Messe  
ausgeschieden und eine Reihe neuer Messegelände  
räume geschaffen hat, können trotz der starken Teil-  
nahme auch die neu hinzukommenden Aussteller noch  
ihre Schwierigkeiten unterbracht werden. Die allge-  
meine Wintermesse beginnt am 29. Februar, die tech-  
nische Messe am 6. März.

### Heimkehr auf dem Wasserwege.

Bremen, 3. Febr. Mit dem Dampfer  
Herbert Horn sind gestern abend im Dürhammaslaer  
Bassin 67 Offiziere aus dem Kaiserlichen Heer und  
616 Mannschaften zum ersten Teil aus dem Lager  
Tours an der Loire angekommen.

### Ein Kistenmaterial-Depot auf Gallipoli ausgeplündert.

London, 2. Febr. (Savas.) Die Agentur  
Mentor erzählt, daß einem Telegramm aus Konstanti-  
nopol zufolge die Nationalisten am letzten Mittwoch eine  
regelmäßige Plünderung des arabischen Kistenmaterials  
in Gallipoli veranlaßt hätten. Es seien 80 000  
Gewehre, 500 000 Patronen und 82 Maschinen-  
gewehre geraubt und wahrscheinlich nach der asiatischen  
Türkei gebracht worden.

### Churchill über Englands Rüstungen.

London, 3. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Churchill sagte  
in seiner Rede, in der er die Neubildung des Territorialheeres  
zur Verteidigung des britischen Reiches begründete, u. a.:  
Eine Wehr der Zivilisten auf englischem Gebiet besteht nicht  
mehr. Wir müssen bereit sein, das englische Imperium zu  
verteidigen und unseren Verpflichtungen gegenüber Frank-  
reich und Belgien zu genügen. Wir müssen also die neue Territorial-  
armee im Sinne der Verteidigung des Reiches aufstellen.  
Man müsse annehmen, daß der nächste Krieg schneller ent-  
scheiden werde, als der letzte. Die gegenwärtige Generation  
werde nach Ansicht der Regierung keinen großen Krieg mehr  
erleben. Die Territorialarmee dürfe, wie es in dem Re-  
gierungsbuch 1919 über die Verwendung der Streitkräfte hei-  
ße, nur für Ueberfälle verwendet werden auf Grund eines be-  
sonderen Befehles, das die Ermächtigung zur Verteidigung  
auf einen Kriegszustand erleiht. Die Veroständigung für  
die Territorialarmee wird am 16. Februar beginnen. Nur  
vollständigste Leute zwischen 18 und 38 Jahren werden  
eingeehrt. Die größte Sorgfalt wird gelegt werden auf die  
vollständige Ausrüstung der geplanten Einheiten und auf  
die Ausbildung eines Generalfußes und von Stabsoffizieren.  
Es werden 14 Divisionen gebildet werden, die im Ernstfälle  
345 000 Mann zählen werden. Die Friedensstärke wird 60  
Prozent betragen, also 207 000 Mann. England wird durch  
die Organisation dieser Armee, so sagte Churchill weiter,  
eine sehr bedeutende Militärmacht. Churchill stellt es al-  
selbstverständlich hin, daß Bündnispflichten Englands gegen-  
über Frankreich und Belgien bestehen, die bisher von der  
englischen Regierung durchwegs geleistet worden sind, mit der  
Befürchtung, daß der Abschluß eines Bündnisses ebenfalls  
dem Parlament in Tätigkeit werden würde. Die spanische  
Krisis, wie die Times und Daily Chronicle erklären sich  
mit der Vorrede einverstanden, der Manchesters Guardian hält  
die Sicherungen für eine willkürliche Verwendung der Ter-  
ritorialarmee nicht für ausreichend.

### Die neue Verhandlung des Friedensvertrages in America.

Washington, 2. Febr. (Savas.) Die  
republikanischen Führer haben beschlossen, sich mit den  
Demokraten dahin zu verständigen, den Friedensver-  
trag in der kommenden Woche neuerdings in der öffent-  
lichen Sitzung des Senats zu diskutieren.

### Clemenceau reist nach Ägypten.

Paris, 2. Febr. (Savas.) Clemenceau  
hat am Montag abend Paris verlassen, um sich für zwei  
Monate nach Ägypten zu begeben.

### Die Auslieferungsliste festgestellt.

Paris, 2. Februar. Laut einer Zusammen-  
gehörte in der heutigen Volkstagesversammlung Mitterand  
über den Stand der Auslieferungen Deutschlands laut  
Friedensvertrag, die es jedoch nicht ausführt, die Be-

ziehung letzte dann den Text einer Mitteilung betreffend  
die Bitte der von Deutschland gemäß Artikel 228 des Frie-  
densvertrages auszuliefernden Beschuldigten. Die  
Bitte wird nachrichtlich morgen Herrn v. Berner  
übergeben werden.

### 900 Personen sollen ausgeliefert werden.

Berlin, 3. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Ueber die  
Frage der auszuliefernden deutschen Personen liegen ver-  
schiedene Meldungen vor. Nach einem Telegramm des  
'Kölnischen Anzeigers' aus Zürich wurde in einer Sitzung der  
mit der Prüfung beauftragten Kommission in Berlin die  
Bitte auf ungefähr 900 Namen zusammengefaßt. Frank-  
reich hat die Forderung der Auslieferung von 500 auf 334 er-  
höht und Belgien verlangt ungefähr die gleiche Anzahl.  
Unter den von Frankreich verlangten Schuldigen sollen sich  
Prinzen der kaiserlichen Familie, unter ihnen zwei  
Söhne des Kaisers, befinden. — Wie dem 'Tage-  
blatt' aus Genf gemeldet wird, soll nach dem 'Temps'  
und 'Matin' unter anderem auch Hindenburg, Lu-  
denburg, Falkenhayn, Bethmann, der deutsche  
Kronprinz und Prinz Oskar gefordert werden.

### Die Kürzung der Brotration.

Berlin, 3. Febr. Verschiedene Blätter wollen er-  
fahren haben, daß mit dem 9. Februar eine Herabsetzung  
der Brotration und damit auch der Brotart einleiten  
wird. — Wie in Erfahrung hierzu eine sozialdemokratische  
Korrespondenz erzählt, hat sich die Frage der Getreidever-  
kürzung in den letzten Tagen noch nicht erledigt, wie sie  
mit Rücksicht auf die kürzlich verordneten Rationen erhofft  
wurde. An der laotischen Verlieferung ist wesentlich schon  
die ungenügende Kohlenversorgung der  
Landwirtschaft.

Das Verhalten des Reichswirtschaftsamtes in dieser  
Frage ist geradezu unerwartet. Noch im Dezember  
stand dieses Ministerium ganz entschieden auf dem Stand-  
punkt, daß wir mit unseren Getreidevorräten bis zur  
nächsten Ernte auskommen würde. Eine Einfuhr von Get-  
reide aus dem Ausland sollte nicht im geringsten erforder-  
lich sein. Selbst vor wenigen Tagen betritt man noch, daß  
überhaupt eine Verkürzung der Brotration in Frage käme.  
Jetzt endlich kommt das blamable Eingeständnis! Wir  
zweifeln nicht daran, daß der Irrtum des Reichswirtschafts-  
ministeriums so groß ist, daß uns Getreide mindestens für  
2-3 Monate fehle, eine Lücke, die nur durch Einfuhr aus  
dem Ausland gedeckt werden kann.

### Zusammenbruch des Streiks in Lugau-Oelsnitz.

Am Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier dürfte, wie dem  
'Kölnischen Anzeiger' berichtet wird, in nächster Woche der  
Arbeit von Seiten der Bergarbeiter mit Sicherheit erfolgen.  
Der Streik ist vollkommen zusammengebrochen. — Es sind  
12 kommunizierende Stollen verfallen. Die Heber-  
bahn Hohenstein-Ernstthal-Oelsnitz und das Elektrizitäts-  
werk Oberlautsch haben den Betrieb wieder aufgenommen.  
Der Förderausfall ist ganz erheblich, da etwa  
12 000 Arbeiter an fünf Tagen streikfrei haben. Die kom-  
munistische Zentralleitung hat Lugau mit unbe-  
kanntem Ziel verlassen.

### Die Räumung der westpreussischen Gebiete.

Berlin, 3. Februar. Der Abzug der deutschen Truppen  
aus den zu räumenden Gebieten in Westpreußen ist über-  
haupt mit einer Erneuerung des Treuegelübdes der deutschen  
Einnahmeverbände verbunden worden.  
In Danzig sind mit dem polnischen Ernährungs-  
ministerium, laut 'D. Allg. Ztg.', Verhandlungen ange-  
knüpft worden, um zu erreichen, daß insbesondere die Milch-  
zufuhr aus dem Abtrugsgebiet in dem bisherigen Um-  
fange gesichert bleibt. Im übrigen wird die Versorgung des  
Freizeitates mit Lebensmitteln zum Gegenstand eines Ab-  
kommens mit Polen gemacht werden.

### Felische Uebergeiffe in Eupen und Malmédy.

Brüssel, 2. Februar. Wie die 'Allg. Ztg.' u. a. meldet,  
ist den Belagern und Besatzern der Kreise Eupen und Mal-  
médy vor einigen Tagen von dem Leiter des belgischen  
Schulwesens eine Erklärung überbracht worden, nach der  
sie sich verhalten sollten, nicht zu unternehmen, was den  
belgischen Interessen nachteilig sein könnte. Die Wehrzahl  
der Besatzung hat sich als geringfügig, die Erklärung zu  
unterzeichnen und ihr daraufhin sofort des Amtes  
entsetzt worden. Eine Abordnung der Wehrmacht,  
welche heute vom Ministerpräsidenten Sirich in Brüssel  
empfangen wurde, versicherte derselbe, daß die Regierung  
den Belagern weitgehende Hilfe zu teil lassen werde.

### Die Sperrung durch den polnischen Korridor.

Brüssel, 2. Februar. Wie aus der Eisenbahn-  
direktion Königsberg mitteilt, werden, so lange die Sperrung  
durch den polnischen Korridor anhält, die Dampfe von und  
nach Berlin so heute, Dienstag, den 3. Februar, ab über  
Dirschau-Danzig-Stettin nach Berlin umgeleitet. Die  
Eisenbahndirektion stellt ferner, daß es auch möglich sein  
wird, schon von heute, Dienstag abend, ab die Nacht-Dampfe  
von und nach Berlin ebenfalls in dieser Weise umzuleiten.

### Polnischer Einzug.

Wir leben in den schmerzvollsten Tagen der Ab-  
tretung deutscher Gebiete an Polen. Seit vielen  
Monaten haben wir diese Tage kommen sehen. Nicht  
nur die Bewohner der Abtrugsgebiete, sondern alle  
Volksgenossen im weiten Deutschen Reich haben sich  
innerlich mit den unabwendbaren Tatsachen abgefunden.  
Sie haben sich dabei freudig auch alle in der selten  
Ueberzeugung bekräftigt, daß der Willeid kein dauernd  
sein soll. Diese Ueberzeugung gab auch den Grundton  
für alle die erregenden Reden und Reden an, die in-  
zwischen in Polen und Westpreußen zwischen der deut-  
lichen Einwohnerheit und den abziehenden deutschen  
Truppen stattgefunden haben. Mit abgewandter deut-  
licher Barmherzigkeit sind allerorten die Räumungsriten  
und Räumungsbedingungen genau eingehalten wor-  
den. Mit verhaltenen Mäßen sah man dem Einmarsch  
der Polen entgegen.

In weiten Strecken ferndeutscher Provinzen ist  
dieser Einmarsch jetzt im Gange. Man hätte annehmen  
sollen, daß er sich in aller Ordnung und ohne Verlet-  
zung deutscher Gefühle vollziehe. Das ist aber nur  
ganz vereinzelt geschehen. In der Mehrzahl der Fälle  
haben sich die Einziehenden und die sie begründenden  
politischen Ortsbewohner von vornherein als stolze  
Sieger aufgefaßt. Sie, die aus eigener Kraft auch  
nicht einen Fußbreit deutschen Landes jemals erobert  
hätten, gebärden sich jetzt vielfach als die Ueberlegen-  
den, die berufen seien, die zurückbleibende deutsche Bevöl-  
kerung ihre Macht fühlen zu lassen. Gewiß haben in  
einzelnen Städten beim Einzug die polnischen Mach-  
haber beruhigende und vernünftige Erklärungen abge-  
geben; aber das sind leider Ausnahmen.

Wie die Polen in ihrer Selbstliebe sich nicht  
ausnehmen, ganz am deutlichsten haben ihnen Begeben-  
heiten gegenüber Dirschau hervor. Es ist bekannt, daß der  
polnische Korridor diese blühende deutsche Provinz von  
der Heimat absperrt. Aber im Friedensvertrag war  
ausdrücklich erklärt, daß dadurch keinerlei Benachteiligung  
Deutschland stattfinden solle. Und in den deutsch-  
polnischen Vereinbarungen, die in Berlin begonnen  
und in Paris zu Ende geführt worden sind, bestimmt  
der Artikel 10 (Verkehrsangelegenheiten) ausdrücklich,  
daß der Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Fernspre-  
verkehr im Abtrugsgebiete grundsätzlich während der  
Besetzung nicht unterbrochen wird, soweit dringende  
militärische Gründe nicht eine zeitliche und lokale  
Unterbrechung erfordern. Da Deutschland allen seinen  
Räumungsverpflichtungen im Osten auf das pünktlich-  
ste nachkommen ist, lag natürlich nicht der geringste  
Grund militärischer Art für zeitliche und lokale Unter-  
brechungen des Verkehrs vor.

Trotzdem haben die Polen bei Besitzergreifung ihres  
westpreussischen Korridors Dirschau vollständig mit dem  
Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr mit dem  
übrigen Deutschland abgebrochen. Auch der Fernspre-  
verkehr ist gänzlich lahmgelegt worden. In Königs haben die  
Polen Fahrpostlinien und sonstige Kontrollmaßnahmen  
vorgelesen und teilweise schon durchgeführt, welche den  
freien Verkehr zwischen Dirschau, dem Freistaat Danzig  
und dem Deutschen Reich dauernd erschweren. Das  
alles ist durchaus rechtswidrig und vertragswidrig.

Es ist aber auch im höchsten Maße ärgerlich, wenn  
man sich die Polen jetzt auch noch so sehr als Sieger  
und Herren anfühlen. So sind sie für alle Zukunft doch  
auf ein friedlich-schlichtliches Auskommen mit der deut-  
schen Bevölkerung, die einen hohen Prozentsatz in den  
Abtrugsgebieten darstellt, angewiesen. Die Art  
ihrer Einföhrung ist aber nicht nicht geeignet, ein  
solches friedlich-schlichtliches Verhalten zu sichern. Sie  
müssen vielmehr verhalten lernen und den guten Willen  
unter deutschen Staatsgenossen, sich in die unab-  
wendbare Abtrugsangelegenheiten, ins Besondere  
verleihen. Insbesondere hat die Provinz Dirschau  
an keine Ursache, sich der polnischen Willkür hilf-  
los zu ergeben. Die ohnehin schon vorhandenen pol-  
nischen Militärischkeiten bei der Reichsregierung einge-  
legt und die Sperrung des belagerten polnischen Ver-  
kehrs nach den westeuropäischen Staaten als Abwehr-  
maßnahme gefordert. Es wird notwendig sein, daß tat-  
sächlich irgendwas in dieser Richtung geschieht, wenn  
sich die polnische Regierung zu wenig an die verein-  
barten Verträge bindet. Die deutsche Regierung ist ge-  
willt, die ihr auferlegenden Verpflichtungen loyal zu  
erfüllen. Wenn ihr das aber in der gegebenen Weise  
erschwert wird, ist es ihre Pflicht, auch ihrerseits zu  
Taten überzugehen, die den Schutz des Deutschen im  
Osten besser garantieren als Verträge mit der polnischen  
Regierung.

